

**STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN**

Wirtschaftskalender

1965



VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH. STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1965	31
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	
1965	32
1966	33

Erschienen im April 1966

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 1,50

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
1	1. Januar	<p>Januar</p> <p>Arbeitszeitverkürzung auf 41 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte im (in der) graphischen Gewerbe im Bundesgebiet; Textilindustrie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg; auf 42 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer in der holzverarbeitenden Industrie in Baden-Württemberg und Berlin (West); in Rheinland-Pfalz ab 1. März, in Bayern ab 1. Mai 1965</p>
2		<p>EWG-Binnen-Zollsätze für gewerbliche und bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse planmäßig um 10 % der Ausgangszölle gesenkt. Abbauverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland vornehmlich bei gewerblichen Erzeugnissen bereits erfüllt durch die konjunkturpolitischen Zollsenkungen vom 1. Juli 1964. Binnen-Zollsätze nunmehr gesenkt bei gewerblichen Erzeugnissen in der Bundesrepublik Deutschland auf 20 %, z.T. auf 30 %, in den anderen Mitgliedstaaten auf 30 %, bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf durchschnittlich 50 % des Standes vom 1. Januar 1957. (Inkrafttreten des Deutschen Zollltarifs 1965. Zollltarif-Verordnung vom 16. Dezember 1964)</p>
3		<p>Anpassungen in den gesetzlichen Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten: Aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1964 mit Wirkung vom 1. Januar 1965 Erhöhung der seit 1963 oder früher laufenden Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen um 9,4 %, aus der knappschaftlichen Rentenversicherung um 16,7 %. (Siebentes Renten Anpassungsgesetz vom 23. Dezember 1964). Bezugsgrößen: Durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten für das Kalenderjahr 1963 7 775 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 7 857 DM). Allgemeine Bemessungsgrundlage für im Jahre 1965 eintretende Versicherungsfälle 7 275 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 7 352 DM). (Inkrafttreten der Achten Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen vom 22. Dezember 1964). Ergänzung der Beitragsklassen a) um Beitragsklasse XXIV bzw. Q für monatliches Bruttoarbeitsentgelt von mehr als 1 125 DM bis 1 175 DM; Monatsbeitrag 161 DM; b) um Beitragsklasse XXV bzw. R für monatliches Bruttoarbeitsentgelt von mehr als 1 175 DM; Monatsbeitrag 168 DM. (Inkrafttreten der Siebenten Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen vom 23. Dezember 1964). Beitragsbemessungsgrenze für das Kalenderjahr 1965 14 400 DM für</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 3	noch 1. Januar	Jahres-, 1 200 DM für Monatsbezüge (knappschaftliche Rentenversicherung 18 000 DM für Jahres-, 1 500 DM für Monatsbezüge). (Bekanntmachung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 23. Dezember 1964)
4		In der gesetzlichen Unfallversicherung die vom Jahresarbeitsverdiens abhängigen Geldleistungen für 1962 oder früher eingetretene Unfälle mit Wirkung vom 1. Januar 1965 um 6,1 % erhöht, und zwar aus Anlaß der Veränderungen der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme zwischen den Kalenderjahren 1962 und 1963. (Siebentes Renten Anpassungsgesetz vom 23. Dezember 1964)
5		Zur Kompensation der Erhöhung des Zuckerrübenpreises von 6,75 DM auf 7,25 DM je 100 kg Senkung des Zuckersteuersatzes von 10 DM auf 6 DM je 100 kg für aus der inländischen Rübenernte seit 1. Oktober 1964 gewonnenen Zucker. (Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Zuckersteuergesetzes. Vom 15. Januar 1965). (Verordnung Z Nr. 1/65 über Preise für Zuckerrüben der Ernte 1964 vom 23. Februar 1965)
6		In den Jahren 1965, 1966 und 1967 Beibehaltung des Außen-Zollsatzes für Steinkohle von 20 DM je t sowie des zollfreien Jahreskontingents von 6 Mill. t für Einfuhr aus anderen Ländern als den Mitgliedstaaten der EGKS. (Inkrafttreten des bis 31. Dezember 1967 befristeten Gesetzes über das Zollkontingent für feste Brennstoffe 1965, 1966 und 1967 vom 22. Dezember 1964)
7		Zölle für gewerbliche Erzeugnisse im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA sowie für Einfuhren in diese Staaten aus Finnland, um 10 % auf 30 % des Standes von 1960 gesenkt; die gleiche Zollsenkung in Finnland ab 1. März 1965 wirksam
8	4. Januar	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Peru Abkommen über Kapitalhilfe in Höhe von 80 Mill. DM unterzeichnet. Kredit für Deckung der Devisenkosten der Ausführung eines Bewässerungsprojekts bestimmt
9	11. Januar	Beginn eines Streiks der Hafenarbeiter in den Häfen der Ostküste der USA. Am 13. Februar (nach 33 Tagen) Arbeit in den bedeutendsten Häfen wiederaufgenommen
10	15. Januar	Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Bundesrepublik Deutschland und Pakistan über den deutschen Beitrag zur Finanzierung der Projekt

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 10	noch 15. Januar	des fünften Jahres des zweiten pakistanischen Fünfjahrplans. Gesamtbetrag 152,5 Mill. DM, davon Kapitalhilfe in Höhe von 110 Mill. DM, Bürgschaften für Lieferantenkredite in Höhe von 42,5 Mill. DM
11	22. Januar	Deutsche Bundesbank erhöht Diskontsatz von 3 % auf 3 1/2 %, Lombardsatz von 4 % auf 4 1/2 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere je nach Laufzeit um 1/2 % bis 3/4 %
12	25. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 6. Februar)
13	30. Januar	Erster Vertrag über Lieferung von Erdgas aus den Niederlanden in die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet
14	1. Februar	Februar In der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie in Nordrhein-Westfalen mit Wirkung vom 1. Februar 1965 Tariflöhne um 7,5 %, Gehälter um 8,5 % erhöht; im Saarland ab 1. Juli 1965
15	6. Februar	Der am 25. November 1964 von mehreren Zentralbanken, darunter der Deutschen Bundesbank, Großbritannien zur Währungsstützung gewährte Kredit von rd. 3 Mrd. US-Dollar für weitere drei Monate zur Verfügung gestellt
16	8. Februar	Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Zeichnung des am 26. November 1964 von der Vollversammlung des GATT gebilligten Teiles IV des GATT-Statuts (begünstigter Zugang zu den Märkten der unterzeichnenden Industriestaaten für die wichtigsten Exportgüter der Entwicklungsländer)
17		Sätze des Anteilzolls für aus dritten Ländern importierte Waren, verwendet zur Herstellung von Waren, die an andere EWG-Länder verkauft werden, mit Wirkung vom 8. Februar 1965 wie folgt festgesetzt: Für EGKS-Erzeugnisse auf 65 % der Zollsätze des Deutschen Zolltarifs 1965, für Marktordnungswaren auf 65 % der mittleren Abschöpfung gegenüber dritten Ländern (von der EWG-Kommission für jedes Kalendervierteljahr zu bestimmen und bekanntzugeben), für der Rindfleischmarktordnung unterliegendes sowie für anderes Drittlandszollgut 65 % der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs.

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 17	noch 8. Februar	(Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1965 zum Anteilzollgesetz vom 27. Dezember 1960)
18	17. Februar	Zustimmung des Rates der Montan-Union zur Entscheidung der Hohen Behörde Nr. 3/65 vom 17. Februar 1965 über das gemeinschaftliche System von Maßnahmen der Mitgliedstaaten zugunsten des Steinkohlenbergbaus. Vorschriften über Voraussetzungen für Genehmigung von Beihilfen der öffentlichen Hand sowie über Kontrolle dieser Beihilfen durch die Hohe Behörde. Entscheidung tritt am 1. März 1965 in Kraft, am 31. Dezember 1967 außer Kraft
19	18. Februar	Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 200 Mill. DM zur Zeichnung aufgelegt. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 99 %, Laufzeit 15 Jahre. Erlös der überzeichneten Anleihe zur Gewährung von Krediten an die deutsche Wirtschaft sowie zur Finanzierung von Auslands-, insbesondere Exportgeschäften bestimmt
20		Gambia, bisher britische Kolonie, unabhängig als Monarchie unter der britischen Krone; 20. unabhängiges Mitglied des Commonwealth
21	26. Februar	Mit Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1965 "Grüner Plan 1965" vom Bundestag angenommen. 2 517,6 Mill. DM bereitgestellt, und zwar für Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse 935,0 Mill. DM Verbesserung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung 1 004,5 Mill. DM Kreditverbilligung 268,1 Mill. DM Verbesserung der sozialen Lage in der Landwirtschaft 310,0 Mill. DM
22		Im Bundeshaushalt 1965 Sonderzuschüsse an die Landwirtschaft in Höhe von 770 Mill. DM vorgesehen, darunter 380 Mill. DM als besondere Anpassungshilfe zur Verbesserung der Startbedingungen im Gemeinsamen Markt
23	1. März	März Inkrafttreten der Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen vom 5. Februar 1965. Für Kreditkosten Höchstsätze in Abhängigkeit vom jeweiligen Diskontsatz vorgeschrieben.

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 23	noch 1. März	Höchstsätze für Habenzinsen festgesetzt, und zwar für Sichteinlagen in provisionsfreier Rechnung unverändert auf 3/8 %, Termineinlagen je nach vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit auf 2 % bis 4 % (bisher 1 3/4 % bis 3 1/2 %), Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist auf 3 1/2 % (bisher 3 1/4 %), mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber auf 4 1/2 % (bisher 4 %). Von der Zinsbindung ausgenommen Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit von 2 1/2 Jahren und mehr (bisher von 4 Jahren und mehr)
24	7. März	Wirtschaftshilfe für Vereinigte Arabische Republik von Bundesregierung eingestellt
25	23. März	Anleihe der Weltbank in Höhe von 250 Mill. DM von einer Gruppe inländischer Kreditinstitute zum öffentlichen Verkauf gestellt. Zinssatz 5,5 %, Ausgabekurs 100 %, Rückzahlung 1971 bis 1984, kündbar 1976
26	24. März	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost von 1965 in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 96 %, Laufzeit 8 Jahre. Am 1. April 1965 zur Zeichnung aufzulegen, am zweiten Tag voll untergebracht
27	28. März	Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes und des Kapitalverkehrsteuergesetzes. Vom 25. März 1965. Von inländischen Kapitalerträgen im Sinne des § 43 EStG, die drei Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zugunsten Gebietsfremder fällig werden, Kapitalertragsteuer (im allgemeinen 25 %) durch die die Kapitalerträge auszahlende Stelle einzubehalten; von Stückzinsen bereits zum Zeitpunkt der Auszahlung oder Gutschrift. Aufhebung der 2 1/2 %igen Wertpapiersteuer für nach dem 31. Dezember 1964 verwirklichte Rechtsgänge
28	29. März	Durch Verordnung Nr. 46/65/EWG des Rats vom 29. März 1965 über Maßnahmen bei den Preisen für Milch und Milcherzeugnisse im Milchwirtschaftsjahr 1965/66 die oberen und unteren Grenzen der einzelstaatlichen Richtpreise für Milch von 3,7 % Fettgehalt ab Hof festgesetzt, für Bundesrepublik Deutschland auf 0,412 DM bzw. 0,33 DM je kg, die Schwellenpreise der Milcherzeugnisse in den Mitgliedstaaten zwecks fortschreitender Angleichung berichtet, für die Bundesrepublik Deutschland überwiegend durch Erhöhungen,

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 28	noch 29. März	im innergemeinschaftlichen Verkehr mit Weich- und Frischkäsesorten Gewährung von Erstattungen eingestellt und die Abschöpfungen bis auf bestimmte Fälle aufgehoben (freier Wettbewerb)
29		Durch Richtlinien 1965 des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 29. März 1965 Förderungszuschlag zum Milchauszahlungspreis für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1965 auf 4 Pf je kg angelieferter Milch festgesetzt
30	30. März	Im ERP-Wirtschaftsplangesetz 1965 vom 30. März 1965 für Entwicklungshilfe rd. 160 Mill. DM bereitgestellt; außerdem Liquiditätshilfe für die Kreditanstalt für Wiederaufbau
31	März	Energieversorgungsunternehmen der öffentlichen Hand künftig in gleicher Weise vermögensteuer- und umsatzsteuerpflichtig wie gemischtwirtschaftliche und privatwirtschaftliche Energieversorgungsträger; einheitliche, jedoch gesenkte Steuerbelastung: Betriebsvermögen nur zu 50 % anzusetzen; erstmals anzuwenden bei Durchführung von Neu- und Nachveranlagungen der Vermögensteuer zum 1. Januar 1966. Ab 1. April 1965 für Lieferungen von Elektrizität, Gas und Wärme an Verbraucher (letzte Stufe) Umsatzsteuersatz auf 1,5 % festgesetzt (bisher 4 %); Lieferungen an Verteilerunternehmen umsatzsteuerfrei. (Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes und des Vermögensteuergesetzes. Vom 24. März 1965). (16. Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Vom 26. März 1965)
32	1. April	April Arbeitszeitverkürzung für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte auf 40 Wochenstunden im Baugewerbe im Bundesgebiet (ohne Berlin) während der Monate November bis März (während der Sommermonate unverändert 42 Wochenstunden); auf 42 Wochenstunden in der papiererzeugenden Industrie im Bundesgebiet
33		Löhne im Malerhandwerk im Bundesgebiet (ohne Berlin) um rd. 6 1/2 % erhöht, für Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Baden-Württemberg (ohne Südbaden) ab 1. Mai 1965
34		Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Wohnbeihilfen. Vom 23. März 1965. Statt der unterschiedlichen Miet- und

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 34	noch 1. April	Lastenbeihilfen allgemeines Wohngeld für sämtliche Wohnungen, auch die steuerbegünstigten und freifinanzierten sowie für die Wohnungen in Stadt- und Landkreisen mit noch nicht aufgehobener Wohnraumbewirtschaftung. Eigenheimbesitzer dem Mieter gleichgestellt. - Verbesserung und Vereinfachung der bisherigen Bestimmungen
35		Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes. Vom 5. April 1965. Einkommengrenze für Gewährung von Kindergeld an Familien mit mehr als zwei Kindern ab 1. April 1965 aufgehoben, für Gewährung von Zweitkindergeld ab 1. Januar 1965 von 7 200 DM auf 7 800 DM erhöht. Ab 1. April 1965 neu: Ausbildungszulage von 40 DM monatlich je Kind vom vollendeten 15. bis 27. Lebensjahr (für Schüler, Studenten, unter Voraussetzungen für Lehrlinge) an Familien mit zwei oder mehr Kindern; an verwitwete, geschiedene oder ledige Personen auch für einziges Kind
36		Gebührenordnung für Ärzte und Gebührenordnung für Zahnärzte, beide vom 18. März 1965, in Kraft getreten; lösen Preussische Gebührenordnung von 1924 ab. Rahmengebühren vom Einfachen bis Sechsfachen der neuen Gebührenverzeichnisse, jedoch grundsätzlich Vertragsfreiheit (Einzelhonorar, Gesamtvereinbarungen)
37		Inkrafttreten des 16. Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Vom 26. März 1965. Außer der Aufhebung des Steuerprivilegs der Energieversorgungsunternehmen der öffentlichen Hand sowie der Anpassung einer Reihe von Ausgleichsteuersätzen an die Umsatzsteuerbelastung entsprechender inländischer Waren noch folgende wesentliche Änderungen: Erste Lieferung nach der Einfuhr im Großhandel ab 1. Januar 1965 allgemein begünstigt; für Steuerbefreiung bei Gegenständen der Freiliste 3 oder für Anwendung des ermäßigten Steuersatzes von 1 % (§ 4 Ziff. 4 und § 7 Ziff. 3 UStG) Erwerb der gelieferten Gegenstände nicht mehr Voraussetzung. Von der Steuer befreit u.a.: Umsätze von Versicherungsvertretern aus der verwaltenden Tätigkeit für Versicherungsunternehmen, rückwirkend ab 1. Januar 1962, Lieferungen von forstwirtschaftlichen Erzeugnissen - nicht Sägewerks-erzeugnissen (Steuersatz 4 %) - durch Selbsterzeuger ab 1. Oktober 1964, Großhandelslieferungen auch von angereicherten Erzen, von Edelmetallen und deren Vorprodukten ab 1. Januar 1965, Lieferungen, Herstellung im Werklohn und Überlassung zur Nutzung von Brennstoffelementen für Kernreaktoren, bewirkt in der Zeit vom

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 37	noch 1. April	15. April 1962 bis 31. Dezember 1966, Lieferungen zwischen Unternehmen mit gleichen Produktionsprogrammen unter bestimmten Voraussetzungen (Rationalisierung durch Spezialisierung) ab 1. Januar 1965
38		Für unter die Marktordnung für Rindfleisch fallende Erzeugnisse mit Wirkung vom 1. April 1965 planmäßig EWG-Binnen-Zollsätze um 10 % auf 45 % der Ausgangszollsätze gesenkt, bei den Außen-Zollsätzen Abstand zwischen den nationalen Zollsätzen am 1. Januar 1957 und den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs um weitere 20 % auf 50 % vermindert. (16. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1965 - Rinder-Marktordnung - II. Teil -. Vom 25. März 1965)
39		Inkrafttreten der Verordnung vom 28. April 1965 über Orientierungspreise für Kälber und Rinder sowie der Verordnung vom 6. Mai 1965 über den Interventionspreis für Rinder. Für das Wirtschaftsjahr 1965/66 je 100 kg Lebendgewicht Orientierungspreis für Kälber auf 336 DM, für ausgewachsene Rinder auf 240 DM, Interventionspreis für ausgewachsene Rinder auf 230 DM festgesetzt
40	7. April	Der Teilprivatisierung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA) vom Bundestag zugestimmt. Verkauf von Aktien im Nennwert von 375 Mill. DM zum Ausgabekurs von 210 % in der Zeit vom 24. Mai bis 21. Juni 1965; bevorrechtigte Zuteilung an Personen mit geringem Einkommen. Am 30. Juni 1965 vom Bundestagsausschuß für wirtschaftlichen Besitz des Bundes Abgabe von Aktien im Nennwert von weiteren rd. 150 Mill. DM beschlossen
41	8. April	Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der drei Europäischen Gemeinschaften von den Außenministern der Mitgliedstaaten unterzeichnet. Inkrafttreten nach Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten. In Deutschland durch Gesetz vom 20. Oktober 1965 ratifiziert
42		Durch Raumordnungsgesetz vom 8. April 1965 rechtlicher Rahmen für die Aktivierung der künftigen Raumordnungspolitik im Bundesgebiet geschaffen
43	12. April	Durch Verordnung vom 14. April 1965 Richtpreis ab Hof für Milch von 3,7 % Fettgehalt für das Milchwirtschaftsjahr 1965/66 mit Wirkung vom 12. April 1965 auf 0,38 DM je kg festgesetzt

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
44	21. April	Vom Hilfskonsortium für Indien Bereitstellung von 1 027 Mill. US-Dollar für das fünfte Jahr des dritten indischen Fünfjahrplanes beschlossen. Beitrag der Bundesrepublik Deutschland 86 Mill. US-Dollar
45	23. April	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn von 1965 in Höhe von 260 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 96 %, Laufzeit 8 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen am 4. Mai 1965. Ausgabekurs wegen der Lage auf dem Rentenmarkt am 7. Mai auf 94 1/2 % herabgesetzt. - Anleihe voll untergebracht
46	27. April	Letzte 27 km lange Teilstrecke Hamminkeln-Emmerich der Autobahn Hollandlinie dem Verkehr übergeben
47	April	Aufhebung der Vorschrift über Mindestalter der Berechtigten bei Erfüllung von Ansprüchen auf Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich über Spareinlagen und Schuldverschreibungen
48	1. Mai	Mai Für Besteuerung der Teilzeitbeschäftigung mit Wirkung vom 1. Mai 1965 Verfahren vereinfacht, pauschalierte Lohnsteuersätze gesenkt, Begrenzung von Beschäftigungsdauer und Arbeitslohn erweitert. (Verlautbarung des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1965)
49		Höchstzulässige Abmessungen und Gewichte für Lastkraftfahrzeuge neu festgesetzt: für Lastzüge Länge auf 18 m, bisher 16,5 m, Gesamtgewicht auf 38 t, bisher 32 t; Achslast der Einzelachse 10 t. (Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung. Vom 23. April 1965)
50		Der Sonntabend in der Bundesverwaltung dienstfrei; verlängerte Arbeitszeit an den anderen Wochentagen. (Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der Bundesbeamten. Vom 27. April 1965)
51	4. Mai	Einfuhr zerlegbarer Holzhäuser und bestimmter Zement- oder Betonwaren aus nicht zur EWG gehörenden Ländern vom 4. Mai bis 31. Dezember 1965 zollfrei. (24. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1965 - Holzhäuser usw. -. Vom 11. Juni 1965)
52	5. Mai	Maßnahmen zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn vom Bundeskabinett beschlossen, insbesondere Gewährung von Zuschüssen für die Aufrechterhaltung des Berufs-, Schüler- und sonstigen zu Sozialtarifen abge-

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 52	noch 5. Mai	wickelten Nahverkehrs, Übernahme eines bestimmten Teiles der Versorgungslasten auf den Bundeshaushalt, weitere Entlastung des Kapitaldienstes durch Zuschüsse
53	10. Mai	Sonderrichtlinien 1965 des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Zinsverbilligung bisher nicht verbilligte längerfristiger Verbindlichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe ("Anpassungshilfe 1965") vom 23. April 1965 in Kraft getreten. Verbilligung von im Rechnungsjahr 1965 fällig werdenden Zinsen auf einen Endzinssatz von 3 %
54	13. Mai	Durch Verordnung Nr. 65/65/EWG des Rates vom 13. Mai 1965 zur Änderung von Artikel 11,2 der Verordnung Nr. 23 Festsetzung von Referenzpreisen für Obst und Gemüse sowie Erhebung einer Ausgleichsabgabe in Höhe der Differenz zwischen Referenz- und Einfuhrpreis für Obst- und Gemüseeinfuhren aus dritten Ländern angeordnet. Erstmals Referenzpreise für Pflaumen, Pfirsiche, Tomaten und Kirschen festgesetzt durch Verordnungen Nr. 71 bis 74/65/EWG der Kommission vom 26. Mai 1965
55	21. Mai	<p>Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes, des Bewertungsgesetzes, des Steuersäumnisgesetzes, der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1965) vom 14. Mai 1965 verkündet. Bestimmungen überwiegend ab Veranlagungszeitraum 1965 in Kraft.</p> <p>Insbesondere auf dem Gebiet des Einkommensteuerrechts zu nennen:</p> <p>Altersfreibetrag von 600 DM auf 720 DM erhöht, Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt (ab 1. Januar 1966);</p> <p>Versorgungsbezüge und andere Ruhegelder zu einem Viertel steuerfrei, höchstens 2 400 DM (ab 1. Januar 1966);</p> <p>Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge durch Erhöhung der Arbeitslohngrenze von 15 000 DM auf 24 000 DM erweitert;</p> <p>für Unternehmen besonders folgende Änderungen:</p> <p>Nichtbuchführende Betriebe in den § 6 b EStG (Übertragung stiller Reserven) bei bestimmten Veräußerungsgewinnen einbezogen;</p> <p>Freigrenze des Gewinns bei Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften bei wesentlicher Beteiligung auf 20 000 DM erhöht;</p> <p>Minderung dieses Freibetrages bei Veräußerungsgewinnen von 80 000 DM an;</p> <p>Zulassung weiterer Sonderabschreibungen.</p> <p>Nur für einen Vertrag gebildete Arbeitsgemeinschaften der Bauwirtschaft gewerbesteuerfrei, wenn Arbeiten binnen drei Jahren abgewickelt.</p> <p>Fortfall der Süßstoffsteuer ab 1. Juli 1965</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
56	noch 21. Mai	Einlagen bei Realkreditinstituten, deren eigene Mittel und langfristige Verbindlichkeiten mindestens 90 % des Geschäftsvolumens betragen, ab 1. Juli 1965 von der Mindestreservepflicht befreit. Nostroguthaben dieser Institute bei anderen Kreditinstituten, bisher reservefrei, nunmehr mindestreservepflichtig. (Mitteilungen Nr. 5007 und 5008/65 der Deutschen Bundesbank vom 21. Mai 1965)
57	23. Mai	Vorübergehend im Geltungsbereich des Altsparengesetzes sich aufhaltende Entschädigungsberechtigte mit ständigem Aufenthalt in Deutschland außerhalb des derzeitigen Geltungsbereichs des Altsparengesetzes, 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig, den Entschädigungsberechtigten mit ständigem Aufenthalt im Bundesgebiet gleichgestellt. (Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zu § 4 Absatz 4 des Altsparengesetzes. Vom 18. Mai 1965)
58	24. Mai	Über bilaterale Finanzhilfe an die Türkei in Höhe von rd. 170 Mill. DM für das Jahr 1965 zwei Abkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und der Türkei unterzeichnet
59	25. Mai	Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette ermächtigt, vor dem 1. November 1964 angekaufte Butter verbilligt abzugeben. (Verordnung Nr. 69/65/EWG der Kommission vom 25. Mai 1965 über den beschleunigten Absatz überschüssiger Butterbestände in staatlicher Lagerhaltung)
60	Mai	Bei den Postscheck- und Postsparkassenämtern Ruhen des Dienstbetriebes künftig an jedem Sonnabend
61		Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel von Bundesregierung am 13. Mai 1965 bekanntgegeben. Von den arabischen Staaten mit Ausnahme Libyens, Tunesiens und Marokkos die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland abgebrochen
62	1. Juni	Juni Warenwertgrenze bei der Kleineinfuhr für Anwendung der pauschalierten Eingangsabgabensätze (Abgeltung von Zoll, Umsatzausgleichsteuer, Verbrauchsteuer) von 200 DM auf 240 DM, Wertgrenze für abgabenfreie Geschenksendungen und abgabenfreie Einfuhr von bestimmten Gegenständen durch Reisende von 50 DM auf 100 DM erhöht. Sätze der pauschalierten Eingangsabgaben bei Einfuhr aus EWG-Ländern infolge Fortfalls des Binnenzoll-Anteils gesenkt, für nicht hochsteuerbare Waren von 10 % auf 5 % des Warenwertes.

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 62	noch 1. Juni	(Inkrafttreten der Fünften Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Zollordnung. Vom 21. Mai 1965). (Inkrafttreten der Verordnung zur Senkung von Binnen-Zöllen - Pauschalierung -. Vom 20. Mai 1965)
63	3. Juni	Abkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Guinea über projektgebundene Kapitalhilfe unterzeichnet. Guinea Aufnahme eines Darlehens bis zur Höhe von 30 Mill. DM ermöglicht
64	9. Juni	Durch das Gesetz zur Beseitigung von Härten in den gesetzlichen Rentenversicherungen und zur Änderung sozialrechtlicher Vorschriften vom 9. Juni 1965 neben zahlreichen anderen die folgenden Änderungen in Kraft gesetzt: Erhöhung sämtlicher Renten bei Sachbezugsentlohnung, Verbesserung bei Witwenrenten, Verbesserung bei Anrechnung von Ersatz- und Ausfallzeiten und von Zeiten der Schulausbildung, ab 1. Juli 1965 Anhebung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung von 1 250 DM auf 1 800 DM Monatseinkommen, Wegfall des Arbeitgeberbeitrags bei Beschäftigung von Altersruhegeldempfängern
65	11. Juni	Kapitalhilfeabkommen und Investitionsförderungsvertrag zwischen Bundesrepublik Deutschland und Kolumbien unterzeichnet. Projektgebundener, bereits früher zugesagter Kredit von 15 Mill. DM auf 35 Mill. DM erhöht
66	16. Juni	Inkrafttreten des Gesetzes über die Anzeige von Kapazitäten von Erdöl-Raffinerien und von Erdöl-Rohrleitungen vom 9. Juni 1965
67	20. Juni	Durch Entscheidung der EWG-Kommission vom 1. Juni 1965 Satz des Anteilzolls für Drittlandszollgut bei Erdölerzeugnissen mit Wirkung vom 15. Juni 1965 auf 100 % der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs festgesetzt, nachdem seit 1. November 1964 die am 8. Mai 1964 für Erdölerzeugnisse festgesetzten Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs von sämtlichen Mitgliedstaaten angewendet und die Binnenzölle beseitigt sind. Gemäß Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen vom 9. Juni 1965 Anwendung des neuen Satzes ab 20. Juni 1965
68		Gewährung von Krediten aus Mitteln des ERP-Sondervermögens zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden des Altbaus im Zonenrandgebiet: für Ein- und Zweifamilienhäuser bis zu 6 000 DM bzw. 7 500 DM, für Mehrfamilienhäuser bis zu 3 000 DM je Wohnung, maximal 30 000 DM. Laufzeit der Kredite längstens 12 Jahre, Zinssatz 4 %. (Richtlinien des Bundesschatzministers vom 20. Juni 1965)

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
69	23. Juni	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1965 in Höhe von 350 Mill. DM. Zinssatz 7 %, Ausgabekurs 99 1/2 %, Laufzeit 15 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen ab 5. Juli 1965; voll untergebracht
70		Inntal-Autobahn Rosenheim-Kiefersfelden (23 km) dem Verkehr übergeben
71	28. Juni	Geltungsdauer der Richtlinien über die Gewährung einer Frachthilfe für Getreide vom 22. Juni 1964 bis 30. Juni 1966 verlängert; einbezogen Durchfuhrverkehr für Transporte, beginnend in einem EWG-Mitgliedstaat und endend in einem anderen EWG-Mitgliedstaat. (Bekanntmachung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Änderung der Neufassung der Richtlinien. Vom 28. Juni 1965)
72		Abkommen über Kapitalhilfe und Investitionsförderungsvertrag zwischen Bundesrepublik Deutschland und Ecuador unterzeichnet. Ecuador Aufnahme eines projektgebundenen Kredits bis zur Gesamthöhe von 16,835 Mill. DM ermöglicht
73	29. Juni	Erklärung der drei deutschen Großbanken über Ausdehnung des sog. Kleinkreditgeschäftes veröffentlicht. Höchstbetrag für Anschaffungsdarlehen, in der Regel als Personalkredit gegeben, von 6 000 DM auf 10 000 DM heraufgesetzt, Laufzeit der Kredite von 36 auf 48 Monate verlängert
74		Einfuhr lebender Kühe in die Bundesrepublik Deutschland vom 29. Juni bis 12. September 1965 aus EWG-Mitgliedstaaten zollfrei, aus dritten Ländern zu gesenkten Zollsätzen. (Entscheidung des Rates der EWG vom 22. Juni 1965). (31. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1965 - Zollaussetzung für Kühe usw. - Vom 8. Juli 1965)
75	30. Juni	Preise für Weichweizen, Roggen und Gerste für die Monate Juli 1965 bis Juni 1966 festgelegt. Grundricht- und Grundinterventionspreise gegenüber dem Vorjahr unverändert; bei den abgeleiteten Richtpreisen vereinzelt geringfügige Korrekturen. (Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 - Getreide - des Rates der EWG. Vom 30. Juni 1965)
76		Ruhr-Universität in Bochum eröffnet
77	Juni	Ausgedehnte Überschwemmungen mit hohen Flurschäden insbesondere in Bayern

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Juli
78	1. Juli	Arbeitszeitverkürzung für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte auf 40 Wochenstunden in der Schuhindustrie im Bundesgebiet; auf 42 1/2 Wochenstunden im Einzelhandel in Hessen, Rheinhessen und in der Pfalz; auf 43 Wochenstunden im Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen und im Saarland
79		Nach Beendigung der ergebnislos gebliebenen Verhandlungen im Ministerrat der EWG auf der Tagung vom 28. bis 30. Juni über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 1. Juli 1965 von französischer Regierung am 1. Juli beschlossen, an den Sitzungen der EWG bis auf weiteres nicht mehr teilzunehmen
80		Durch das Zweite Vermögensbildungsgesetz vom 1. Juli 1965, rückwirkend in Kraft ab 1. April 1965, u.a. folgende Änderungen der bisherigen Rechtslage eingetreten: Der steuerlich und sozialversicherungsrechtlich begünstigte Höchstbetrag von 312 DM je Arbeitnehmer und Jahr steuerfrei (bisher 8 % Lohnsteuerpauschale), bei Arbeitnehmern mit Anspruch auf Kinderfreibetrag für drei oder mehr Kinder auf 468 DM erhöht. Auch in Tarifverträgen Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers zulässig. Öffentlicher Dienst in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen. Für Arbeitgeber mit nicht mehr als 50 Beschäftigten Anrechnung von 30 % der Summe der vermögenswirksamen Leistungen, höchstens 800 DM je Jahr, auf die Steuerschuld bei Einkommen- oder Körperschaftsteuer
81		In weiteren 47 Stadt- und Landkreisen Wohnraumbewirtschaftung aufgehoben
82		Die Schwellenpreise von Getreide und Getreideerzeugnissen für die Monate Juli 1965 bis Juni 1966 festgelegt; gegenüber dem Vorjahr gesenkt für Weich- und Hartweizen um 3,50 DM, für Roggen um 2,50 DM je 100 kg, erhöht für Mehl um 7 bis 8 DM, für Hartweizengrieß um 3 DM je 100 kg. (Inkrafttreten der Zweiten Durchführungsverordnung Getreide 1965 vom 24. Juni 1965)
83		Inkrafttreten der Richtlinien 1965 des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Zinsverbilligung von Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen. Vom 8. April 1965.

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 83	noch 1. Juli	Verbilligung von Krediten u.a. für Besitzfestigung, Verbesserung der Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe, Eigenheimbau für Landarbeiter, ferner für die Binnenwasserwirtschaft und die Fischwirtschaft
84	9. Juli	Inkrafttreten der Verordnungen Nr. 100 bis 107/65/EWG der Kommission vom 7. Juli 1965 zur Festsetzung der Referenzpreise von Pflaumen, Pfirsichen, im Freien angebauten Tomaten und von Kirschen für den Zeitraum bis 30. April 1966, von im Freien angebauten Tafeltrauben, von Birnen, Äpfeln und Zitronen für den Zeitraum bis 30. Juni 1966
85	13. Juli	Vom Bundesverfassungsgericht Vorschrift des § 17,1 des Gewerbesteuer-gesetzes über die Zweigstellensteuer (bis auf das 1,3fache erhöhter Hebesatz zur Gewerbesteuer) für überörtliche Zweigstellen von Waren-einzelhandelsunternehmen für nichtig erklärt
86	14. Juli	Zwei deutsch-tunesische Abkommen über projektgebundene Kapitalhilfe in Höhe von zusammen 60 Mill. DM sowie Abkommen über technische Hilfe unterzeichnet
87	15. Juli	Sonderzuwendung an Bundesbeamte, Richter im Bundesdienst, Berufssol-daten und Soldaten auf Zeit sowie an Empfänger von Versorgungsbezügen gesetzlich geregelt. Grundbetrag ein Drittel der Monatsbezüge für De-zember, Sonderbetrag 20 DM je kinderschlagberechtigendes Kind, zahl-bar mit den laufenden Bezügen für Monat Dezember. (Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung vom 15. Ju-li 1965, in Kraft mit Wirkung vom 1. Dezember 1964)
88		Die jährliche Deckungsminderung bei Bundesgarantien für private Kapi-talanlagen in Entwicklungsländern grundsätzlich abgeschafft, Garan-tieentgelt unabhängig von der Garantielaufzeit einheitlich auf jähr-lich 0,8 % des Garantiebetrages festgesetzt. Die von den zuständigen Bundesministerien beschlossene Neuregelung vom Interministriellen Ausschuß für Kapitalexpert-Garantien mit Wir-kung vom 15. Juli 1965 in Kraft gesetzt
89	20. Juli	Deutsch-britisches Devisenausgleichsabkommen vom 29. Juni 1965 mit Unterzeichnung eines Protokolls in Kraft getreten. Verlängerung des geltenden Abkommens über den Ausgleich des Devisenaufwandes der in Deutschland stationierten britischen Truppen um ein weiteres Jahr bis 31. März 1967; ein Zahlungsvolumen auf Grund besonderer Lieferungen von etwa 600 Mill. DM in Aussicht genommen

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
90	24. Juli	Inkrafttreten des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin vom 15. Juli 1965. Die 1961 eingeführte Einrichtungshilfe zur Beschaffung von Möbeln und Hausrat für nicht als politische Flüchtlinge anerkannte Deutsche aus der SBZ nunmehr gesetzlich geregelt und wesentlich verbessert. Für ehemals selbständige Erwerbspersonen Beihilfe zum Lebensunterhalt eingeführt, ferner als Kannleistung Gewährung von Eingliederungsdarlehen an alle Deutschen aus der SBZ zur Begründung oder Festigung einer selbständigen Existenz in der gewerblichen Wirtschaft, in freien Berufen und in der Landwirtschaft ermöglicht. Vom Bund aufzubringen Beihilfe zum Lebensunterhalt in vollem Umfang, Einrichtungshilfe und Eingliederungsdarlehen zu 80 %; Rest von den Ländern zu tragen
91	26. Juli	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 7. August)
92		Die Inselgruppe der Malediven, bisher britisches Protektorat, unabhängig als Republik Malediven
93	28. Juli	Vom Bundesministerium für Wirtschaft auf Beschluß des Bundeskabinetts vorübergehender Genehmigungsstopp für Emission von Inhaberschuldverschreibungen verfügt
94	Juli	Nach Mitte Juli ausgedehnte Überschwemmungen in Teilen des östlichen westfälischen Tieflandes, Nordhessens und in angrenzenden Gebieten Niedersachsens
95	9. August	August Der Stadtstaat Singapur aus der seit 1963 bestehenden Föderation von Malaysia ausgetreten, nunmehr unabhängiger Staat
96	12. August	Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken durch Steuererleichterungen gefördert. Bei den Steuern vom Einkommen steuerfreie Rücklage eines Teiles der Kosten neu errichteter mit Kohle betriebener Kraftwerke; erfolgsneutrale Auflösung der Rücklage nach 10 Wirtschaftsjahren. Entsprechende Vergünstigungen bei Vermögensteuer und Gewerbesteuer. In die Förderung einbezogen Erweiterung mit Kohle betriebener Kraftwerke sowie Umstellung von Kraftwerken auf Kohlebetrieb. (Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken vom 12. August 1965)

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
97	13. August	Deutsche Bundesbank erhöht mit Wirkung vom 13. August 1965 Diskontsatz von 3 1/2 % auf 4 %, Lombardsatz von 4 1/2 % auf 5 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere um 3/4 %, für Titel mit einer Laufzeit von 1 1/2 und 2 Jahren um 5/8 %, setzt die im März 1965 beschlossene und ab Oktober 1965 vorgesehene Kürzung der Rediskontkontingente der Kreditinstitute bis auf weiteres in halber Höhe aus
98		Durch das Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965 Grundlage für die allgemeine Neubewertung des Grundbesitzes im Bundesgebiet geschaffen. Neue Hauptfeststellung der noch auf den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1935 beruhenden Einheitswerte des Grundbesitzes (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsgrundstücke) auf den 1. Januar 1964 vorgesehen. Zeitpunkt, von dem an die geänderten Einheitswerte der Besteuerung zugrunde zu legen sind, durch spätere Gesetze zu bestimmen, ebenso die Senkung der Steuermaßzahlen der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und der bebauten Grundstücke. Nach der durch den Krieg eingetretenen Unterbrechung der Folge nunmehr Wiederaufnahme der Hauptfeststellungen in Abständen von 6 Jahren bestimmt
99		Altershilfe für Landwirte verbessert. Das monatliche Altersgeld für verheiratete Berechtigte von 100 DM auf 150 DM, für unverheiratete Berechtigte von 65 DM auf 100 DM erhöht. Die mitarbeitenden Familienangehörigen in die Altershilfe einbezogen: Für über 50 Jahre alte Angehörige Anwartschaft auf halbes Altersgeld durch halbe Beiträge vorgesehen. Finanzierung von Hilfsmaßnahmen in Fällen gefährdeter oder verminderter Erwerbsfähigkeit des Landwirtes oder der Landfrau. Deckung der Mehraufwendungen hauptsächlich durch Erhöhung des Bundeszuschusses. Beitragssatz ab 1. Januar 1966 von 12 DM auf 16 DM monatlich erhöht. (Drittes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte. Vom 13. August 1965. In Kraft mit Wirkung vom 1. Mai 1965)
100	15. August	Mit Einführung ermäßigter Postgebühren im Verkehr mit Italien ab 15. August 1965 Inlandgebühren für Briefe bis 20 g, Postkarten und Postkarten mit Antwortkarte nunmehr im Verkehr mit allen Ländern der EWG angewendet
101	21. August	Inkrafttreten des Gesetzes zur Durchführung von Richtlinien der EWG über die Niederlassungsfreiheit und den freien Dienstleistungsverkehr. Vom 13. August 1965.

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 101	noch 21. August	Auf juristische Personen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft keine Anwendung des § 12 der Gewerbeordnung, wonach ausländischen juristischen Personen der Betrieb eines Gewerbes im Inland nur mit Genehmigung der für die Wirtschaft zuständigen obersten Landesbehörde möglich ist
102	29. August	Höchsätze für Habenzinsen vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mit Wirkung vom 1. Oktober 1965 erhöht, und zwar für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um $1/4$ % auf $3 \frac{3}{4}$ %, mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten und mehr um $1/2$ % auf 5 %, für Termineinlagen um $1/2$ %, bei Kündigungsfristen oder Laufzeiten von 6 Monaten und mehr um $3/4$ % auf $2 \frac{1}{2}$ % bis $4 \frac{3}{4}$ %. Unverändert Höchsatz von $3/8$ % für Sichteinlagen. Weiterhin ohne Zinsbindung Einlagen mit vereinbarten Kündigungsfristen oder Laufzeiten von 2 $1/2$ Jahren und mehr
103	31. August	Mit Wirkung vom 1. Juli 1965 einige Besoldungs- und Vergütungsgruppe in die nächsthöhere Tarifklasse des Ortszuschlages eingereiht. Altersgrenze für Gewährung von Kinderzuschlag mit Wirkung vom 1. Juli 1965 vom vollendeten 25. auf das vollendete 27. Lebensjahr heraufgesetzt. (Viertes Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften. Vom 31. August 1965). (13. Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 23. Juni 1965)
104		Gewährung von Darlehen aus Bundeshaushaltsmitteln, bisher nur für Instandsetzung von Altbauwohnungen, nun auch für deren Modernisierung. Die Höchstbeträge der Darlehen erhöht. Die Höchstbeträge der verbilligungsfähigen Darlehen aus dem Kapitalmarkt dieser Erhöhung angeglichen, beschränkt auf Gebiete mit noch nicht aufgehobener Wohnraumbewirtschaftung. (Zwei Richtlinien des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in der Fassung vom 31. August 1965)
105	August	Von den sog. Notstandsgesetzen im August verkündet: Gesetz über das Zivilschutzkorps vom 12. August 1965, in Kraft am 18. August 1965; Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der ge-

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 105	noch August	<p>werblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 1. Juli 1965;</p> <p>Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs (Verkehrssicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 28. August 1965;</p> <p>Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 28. August 1965;</p> <p>im September verkündet:</p> <p>Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 16. September 1965;</p> <p>Gesetz über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung (Selbstschutzgesetz) vom 9. September 1965, in Kraft am 1. Januar 1966;</p> <p>Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz) vom 9. September 1965, in Kraft am 1. Juli 1966, ein Teil der Vorschriften am 16. September 1965</p>
106	1. September	<p>September</p> <p>Im graphischen Gewerbe im Bundesgebiet Ecklöhne mit Wirkung vom 1. September 1965 um 7,1 % erhöht.</p> <p>Wegfall der Ortsklassen am 1. Januar 1966;</p> <p>zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von 14 % des vereinbarten Arbeitsentgelts ab 1. Januar 1966, von 22 % ab 1. Januar 1967, von 30 % ab 1. Januar 1968</p>
07		<p>Versicherungspflichtgrenze in der sozialen Krankenversicherung mit Wirkung vom 1. September 1965 von 660 DM auf 900 DM des der Bemessung zugrundeliegenden Monatseinkommens erhöht.</p> <p>(Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung. Vom 24. August 1965)</p>
108		<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur verstärkten Eigentumsbildung im Wohnungsbau und zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbauänderungsgesetz 1965) vom 24. August 1965.</p> <p>Zweites Wohnungsbaugesetz geändert. U.a. Bestimmungen über begünstigten Personenkreis und Rangfolge der öffentlichen Förderung, Kaufeigenheime, Kaufpreis, Verkaufsverpflichtung bei Ein- und Zweifamilienhäusern, Erhöhung der Familienzusatzdarlehen, Festsetzung des Leistungsanteils des Bundes auf jährlich 210 Mill. DM, Fortfall der vorgesehenen jährlichen Degression der Bundesmittel.</p> <p>Die zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen als "Wohnungsbindungsgesetz 1965" zusammengefaßten Vorschriften betreffen u.a. Wohnberechtigung, Kostenmiete, Beginn und Ende der Eigenschaft "öffentlich gefördert"</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
109	3. September	Gewährung der Übergangshilfe für die Altölraffination (22,90 DM je 100 kg) bis Ende 1966 verlängert; ausgenommen zum Heizen bestimmte aufgearbeitete Altöle. (Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl. Vom 3. September 1965)
110	4. September	Drittes Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. August 1965 verkündet. Inkrafttreten der meisten Bestimmungen am 1. Januar 1966. Versorgungsfragen, darunter die Begrenzung der Doppelversorgung aus Ruhegehalt und Rente geregelt
111	9. September	Im Gesetz zur Förderung der Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt (EWG-Anpassungsgesetz) vom 9. September 1965, in Kraft tretend am 1. Januar 1966, bis zum Ende der Übergangszeit (31. Dezember 1969) vorgesehen: a) Anpassungshilfen in Höhe von 1 030 Mill. DM je Jahr zusätzlich zu den Mitteln des "Grünen Plans", b) jährlich in den Entwurf des Bundeshaushaltsplans einzusetzende Leistungen für den Ausgleich der durch die Preisfestsetzungen für Getreide sich ergebenden Einkommensminderung der Landwirtschaft. Verwendung der Anpassungshilfen vor allem für verstärkte Förderung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrar- und Betriebsstruktur sowie der Marktstruktur. Jährliche Feststellung der Einkommensminderung infolge der Preisfestsetzungen für Getreide durch Ergänzung des "Grünen Berichts"
112		Inkrafttreten des 18. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes. Vom 3. September 1965. Verbesserung der Leistungen um ein Ausgabenvolumen von etwa 2,9 Mrd. DM hauptsächlich für: Erhöhung der Unterhaltshilfe ab 1. Juni 1965, Verbesserung der Entschädigungsrente durch Erhöhung der Einkommenshöchstgrenze ab 1. Juni 1965, Beschränkung der Anrechnung der Unterhaltshilfe auf die Hauptentschädigung, Ausweitung des Personenkreises der Unterhaltshilfe-Berechtigten auf Angehörige geschädigter, aus der sowjetischen Besatzungszone in das Bundesgebiet zugezogener Vertriebener durch Erweiterung der Ausnahmen von der Stichtagsregelung, Ausdehnung der Verzinsung der Hauptentschädigung bei deren Erfüllung durch Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Spareinlagen auf den Zeitraum von Anfang 1953 bis Ende 1962. Bei den Ausgleichsabgaben Verlängerung der Ende 1965 auslaufenden Geltungsdauer für Vergünstigungen bis zum Ablauf des fünften Jahres nach Wegfall der Hinderungsgründe für den Wiederaufbau; unbefristetes Weitergelten der Wiederaufbaubegünstigungen für in Berlin (West) gelegene Grundstücke

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
113	noch 9. September	Durch das am 1. Januar 1966 in Kraft tretende Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen vom 9. September 1965 Importeure und Raffinerien zur Vorratshaltung einer bestimmten Mindestmenge von Erdölerzeugnissen verpflichtet
114	11. September	<p>Aktiengesetz vom 6. September 1965 und Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 verkündet. Inkrafttreten beider Gesetze am 1. Januar 1966.</p> <p>Anschließend an die 1959 vorausgegangene sog. kleine Aktienrechtsreform (Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23. Dezember 1959) das bisherige auf das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 gegründete Aktienrecht den gewandelten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auffassungen angepaßt, insbesondere die Rechte der Aktionäre wieder gestärkt.</p> <p>Von besonderer Bedeutung unter den zahlreichen Neuerungen sind die Bewertungsvorschriften für den Jahresabschluß, erstmals anzuwenden auf das nach dem 31. Dezember 1966 beginnende Geschäftsjahr, Mitteilungspflicht der Unternehmen, die Eigentümer von mehr als 25 % des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien sind, das geschlossene System konzernrechtlicher Vorschriften vor allem im Interesse der Gläubiger und außenstehenden Aktionäre.</p> <p>Im Einführungsgesetz zum Aktiengesetz u.a. Bestimmungen über die Anwendung aktienrechtlicher Vorschriften auf Unternehmen mit anderen Rechtsformen</p>
115	12. September	Vom USA-Kongreß Verlängerung der mit Wirkung vom 18. Juli 1963 eingeführten Zinsausgleichsteuer bis Ende Juli 1967 beschlossen
116	14. September	Durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG-Schlußgesetz) vom 14. September 1965 Gesamtbetrag der geleisteten und noch zu leistenden Wiedergutmachung an Verfolgte um 4,5 Mrd. DM auf 45,15 Mrd. DM erhöht. Außer materiellen Verbesserungen des Leistungsrechts (Renten u.a.) Bildung eines Härtefonds in Höhe von 1,2 Mrd. DM zugunsten bisher nicht anspruchsberechtigter überregionaler Verfolgtengruppen (nach dem 1. Oktober 1953 aus Ost- und Südosteuropa Ausgewanderte)
117	15. September	<p>Durch das am 1. Januar 1966 in Kraft tretende Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 15. September 1965 Kooperation auch für mittelständische Unternehmen erleichtert. Die wichtigsten Änderungen:</p> <p>Spezialisierungskartelle künftig im Widerspruchsverfahren zugelassen, unter Voraussetzungen auch in Verbindung mit Preis- und Vertriebsabsprachen (Syndikate),</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 117	noch 15. September	Mißbrauchsaufsicht über Preisbindungen der zweiten Hand verschärft, über marktbeherrschende Unternehmen erweitert, Anzeigepflicht bei Zusammenschluß von Unternehmen bei Vorliegen bestimmter Mindestgrößen (entweder Beschäftigtenzahl oder Umsatz oder Bilanzsumme) auch dann gegeben, wenn Marktanteil geringer als 20 %
118		Für die Einkommensbesteuerung nichtbuchführungspflichtiger Landwirte als Zeitpunkt der Anwendung der nach dem Gesetz vom 13. August 1965 festzustellenden Einheitswerte der Beginn des auf den 31. Dezember 1967 folgenden Wirtschaftsjahres bestimmt, für die Übergangszeit (Wirtschaftsjahre 1965/66, 1966/67, 1967/68) Grundbeträge sowie Wert der Arbeitsleistung des Betriebsinhabers und seiner Angehörigen unmittelbar festgesetzt, Freibetrag eingeführt, befristet bis 1972, Buchführungspflichtgrenze von 9 000 DM auf 12 000 DM Einkommen heraufgesetzt, die Verordnung vom 2. Juni 1949 über die Besteuerung nach Durchschnittssätzen aufgehoben. (Gesetz über die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen vom 15. September 1965)
119		Entlastung des Bergbaues um rd. 100 Mill. DM jährlich durch Übernahme von zwei Fünfteln der Entschädigungslasten der Bergbauberufsgenossenschaft aus nach dem 31. Dezember 1952 entstandenen Rentenfüllen durch den Bund. Mehrbelastung des Bundeshaushalts zum Teil kompensiert durch Wegfall der Verpflichtung des Bundes, die Rücklage der knappschaftlichen Rentenversicherung um rd. 40 Mill. DM jährlich zu erhöhen
120	17. September	Das am 17. Oktober 1964 paraphierte, im wesentlichen die Dividendenbesteuerung regelnde Revisionsprotokoll zum deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Inkrafttreten am 1. Januar des Jahres der Ratifizierung
121	19. September	Wahl zum fünften Deutschen Bundestag
122	22. September	Für zollermäßigte Einfuhr von Gefrierfleisch von Rindern aus dritten Ländern Kontingente für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1965 durch Entscheidung des Rates der EWG vom 22. September 1965 festgesetzt
123	28. September	Verlängerung der am 23. Oktober 1965 auslaufenden Allgemeinen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds, durch die dem IWF seit 24. Oktober 1962 zusätzlich 6 Mrd. US-Dollar von 10 Hauptin-

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 123	noch 28. September	dustrielländern, darunter von Bundesrepublik Deutschland 1 Mrd. US-Dollar, bereitgestellt sind, um 4 Jahre. Keine Änderung der einzelnen Kreditzusagen; Überprüfung vor Oktober 1968 vorgesehen
124	1. Oktober	<p style="text-align: center;">Oktober</p> <p>Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte im graphischen Gewerbe, in Schriftgießereien, im Zeitungsverlagsgewerbe im Bundesgebiet; auf 41 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer in der Lederwaren- und Kofferindustrie im Bundesgebiet; Bekleidungsindustrie in Bayern; in Hessen ab 1. Dezember 1965; auf 42 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer in der Sägeindustrie im Bundesgebiet, in Bayern ab 1. Dezember 1965</p>
125		<p>Löhne und Gehälter in der chemischen Industrie im Bundesgebiet um 8 % erhöht. Zusätzliches Urlaubsgeld 1966 10 DM, 1967 12 DM je Urlaubstag</p>
126		Löhne der Staatsforstarbeiter im Bundesgebiet um durchschnittlich 24 Pf je Stunde erhöht
127		<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes. Vom 31. August 1965. Erhöhung des Zuschlages zu den Regelleistungen für über 65 Jahre alte Personen, Erwerbsunfähige und werdende Mütter von 20 % auf 30 %, der Blindenhilfe um 20 %. Erhöhter Einkommensschutz für Hilfeempfänger und deren Angehörige bei der Blindenhilfe, der Eingliederungshilfe für Behinderte und der Tuberkulosenhilfe durch Erweiterung der Einkommensgrenze um die jeweiligen Kosten der Unterkunft, besonders der Miete</p>
128	2. Oktober	Von Bundesregierung Wirtschaftshilfe für Ceylon wiederaufgenommen, Abkommen mit der ceylonesischen Regierung über 32 Mill. DM Soforthilfe, 18 Mill. DM projektgebundene Kapitalhilfe und 6 Mill. DM technische Hilfe unterzeichnet
129	14. Oktober	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1965 III. Ausgabe in Höhe von 200 Mill. DM. Zinssatz 7 %, Ausgabekurs 98 1/4 %, Laufzeit 10 Jahre. Zur Zeichnung aufgelegt am 21. Oktober 1965, am 28. Oktober voll untergebracht

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
130	20. Oktober	Vertrag vom 8. April 1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften von deutscher Seite durch Gesetz vom 20. Oktober 1965 ratifiziert
131	27. Oktober	Abkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Kongo (Brazzaville) über projektgebundene Kapitalhilfe in Höhe von 10 Mill. DM unterzeichnet
132		Deutsch-thailändisches Abkommen über weitere deutsche Kapitalhilfe in Höhe von 20 Mill. DM unterzeichnet
133	Oktober	Zwischen Kassenärztlicher Bundesvereinigung und dem Verband der Ersatzkassen Erhöhung der Gebührensätze vereinbart. Anhebung der einfachen Sätze des Verzeichnisses der derzeitigen Gebührenordnung vom ersten Halbjahr 1966 bis zum zweiten Halbjahr 1967 in vier Stufen, zunächst um 10 %, mit der letzten Stufe insgesamt um 25 %
134		Erhöhung der Paraguay 1963 gewährten Kapitalhilfe von 12 Mill. DM um weitere 12 Mill. DM gebilligt
135		Der für Außenhandelsfinanzierung von einem Bankenkonsortium bei der Ausfuhrkredit-AG unterhaltene sog. A-Plafond um 300 Mill. DM auf 1 Mrd. DM aufgestockt. Auch die aus der Aufstockung gegebenen Wechsel von der Deutschen Bundesbank als lombardfähig anerkannt
136	1. November	<p style="text-align: center;">November</p> <p>Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Mietpreisrechts vom 24. August 1965. Schlußtermin um zwei Jahre auf den 31. Dezember 1967 verschoben.</p> <p>Als "Drittes Bundesmietengesetz" bezeichnete Vorschriften über Anhebung der Mieten ab 1. Januar 1966 in den Stadt- und Landkreisen mit noch nicht aufgehobener Wohnraumbewirtschaftung: Zulässige Erhöhung</p> <p>a) der Grundmiete für Altbauwohnungen bis zu vorgeschriebenen Höchstsätzen je qm Wohnfläche, festgesetzt nach Beschaffenheit der Wohnung und Größe der Gemeinde, jedoch höchstens um 25 %,</p> <p>b) der Miete für Sozialwohnungen im Rahmen der Kostenmiete, höchstens um 30 Pf/qm Wohnfläche und Monat</p>
137		Über den Kapitalmarkt zu finanzierende Lastenausgleichsleistungen von übergehend eingeschränkt: Auf Anweisung des Bundesausgleichsamtes an die Lastenausgleichsamter Ausgabe von Erfüllungsbescheiden über Ba : auszahlung der Hauptentschädigung mit Wirkung vom 1. November 1965 bis 1. Februar 1966 eingestellt

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
138	3. November	Zur Sicherung des Ausgleichs des Bundeshaushalts 1966 vom Bundeskabinett folgende Ausgabenkürzungen beschlossen: 1. Senkung der Anforderungen der Ressorts um rd. 2,1 Mrd. DM, 2. Herabsetzung gesetzlich nicht gebundener Ausgabenansätze um rd. 2,2 Mrd. DM, darunter Senkung der Zuschüsse an die Deutsche Bundesbahn um 400 Mill. DM, 3. Schließung der noch verbleibenden Deckungslücke von 2,9 Mrd. DM durch Änderung bereits bestehender gesetzlicher Bestimmungen mittels eines noch 1965 zu verkündenden Haushaltssicherungsgesetzes (siehe lfd. Nr. 153)
139	4. November	Vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschlossen, für den Monat Dezember 1965 die Mindestreservesätze der Kreditinstitute für Sicht- und befristete Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen um rd. 9 % ihres derzeitigen Standes auf den Stand von Juli 1964 herabzusetzen
140	5. November	4 Mill. DM als Beitrag zur finanziellen Unterstützung der Zypern-Aktion der Vereinten Nationen von Bundesrepublik Deutschland für eine Halbjahres-Periode entrichtet; bisher zusammen 14 Mill. DM
141	8. November	Unterzeichnung eines deutsch-malaysischen Abkommens über Kapitalhilfe in Höhe von 15 Mill. DM
142	11. November	Von der Regierung der autonomen britischen Kolonie Rhodesien gegen den Willen Großbritanniens Unabhängigkeit des Landes erklärt. Von britischer Regierung erste Wirtschaftssanktionen verhängt
143	15. November	Festsetzung von Referenzpreisen a) für Mandarinen und Clementinen für die zweite Novemberhälfte 1965 und die einzelnen Monate Dezember 1965 bis März 1966, b) für Süßorangen nach Sortengruppen, jedoch in gleichbleibender Höhe für die gesamte Saison vom 1. Dezember 1965 bis 30. April 1966 auf Grundlage der italienischen Erzeugerpreise. (Verordnung Nr. 158/65/EWG der Kommission vom 12. November 1965, in Kraft am 15. November 1965), (Verordnung Nr. 156/65/EWG der Kommission vom 10. November 1965, in Kraft am 1. Dezember 1965), (18. Verordnung zur Änderung des Abschöpfungstarifs - Zitrusfrüchte - vom 26. November 1965, in Kraft am 1. Dezember 1965)
144	29. November	Bis 31. Dezember 1969 verlängert: Geltungsdauer der Richtlinien über die von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu gewährenden Leistungen zur Deckung von Mehraufwendungen, die durch Arbeitsaufnahme im Land Berlin Arbeitnehmern entstehen,

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 144	noch 29. November	deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet außerhalb des Landes Berlin liegt. (Änderung der Richtlinien zur Förderung der Arbeitsaufnahme im Land Berlin. Vom 29. November 1965).
145	3. Dezember	Dezember Abkommen zur Gründung einer Asiatischen Entwicklungsbank in Manila durch 22 Staaten unterzeichnet. Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Grundkapital mit 120 Mill. DM vorgesehen
146	9. Dezember	Europäische Kartellverordnung auf Bereiche des Verkehrs auch weiterhin, und zwar bis 31. Dezember 1967 nicht anzuwenden. (Verordnung Nr. 165/65/EWG des Rates vom 9. Dezember 1965 zur Verlängerung des Zeitraumes, in dem die Verordnung Nr. 17 des Rates auf den Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr keine Anwendung findet)
147		Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Notgemeinschaft Deutscher Kohlenbergbau über die Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Lagerungsmöglichkeiten für Kohle und über die Finanzierung von Ausfallschichten unterzeichnet. An den Gesamtkosten der Bund mit zwei Dritteln, die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern mit einem Drittel beteiligt
148	18. Dezember	Einfuhr von Tabak aus Rhodesien genehmigungspflichtig. (Inkrafttreten der 22. Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste - Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz -. Vom 16. Dezember 1965)
149	22. Dezember	Deutsch-indisches Finanzhilfeabkommen unterzeichnet. Gewährung einer deutschen Finanzhilfe in Höhe von 343,6 Mill. DM für das 5. Jahr des dritten indischen Fünfjahrplanes, davon 243,6 Mill. DM Kapitalhilfe (darunter 93,6 Mill. DM für Umschuldung von fälligen deutschen Forderungen) und 100 Mill. DM Bürgschaftshilfe für Lieferantenkredite
150	23. Dezember	Erhöhung der Grundgehälter und Ortszuschläge der Bundesbeamten in zwei Stufen, ab 1. Januar und ab 1. Oktober 1966, um je 4 %. (Fünfte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen - Fünfte Besoldungserhöhungsgesetz - vom 23. Dezember 1965)
151		Bundesrepublik Deutschland durch Entscheidung der EWG-Kommission vom 29. November 1965 ermächtigt, lebende Schlachtkühe aus dritten Ländern bis 31. März 1966 zu gesenkten Zollsätzen einzuführen. Im gleichen Zeitraum Einfuhr aus Mitgliedländern zollfrei. (Sechste Verordnung)

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 51	noch 23. Dezember	nung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1966 - Zollausssetzung für Kühe - vom 23. Dezember 1965; wirksam ab 1. Januar 1966)
152		<p>Einfuhr von Rohkaffee aus den Benelux-Ländern wegen des von diesen Ländern angewandten niedrigeren Außen-Zollsatzes (während der dritten Stufe 5 %) in der Bundesrepublik Deutschland von der Gemeinschaftsbehandlung auch weiterhin ausgenommen.</p> <p>Anstelle zollfreier Einfuhr bis auf weiteres Anwendung des allgemeinen Außen-Zollsatzes (9,6 % des Wertes), falls Ursprungsland des Rohkaffees nicht als ein mit der EWG assoziiertes Land oder Gebiet nachgewiesen.</p> <p>(Entscheidung der EWG-Kommission vom 23. Dezember 1965)</p>
153	24. Dezember	<p>Durch das am 24. Dezember 1965 verkündete Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz) vom 20. Dezember 1965</p> <p>a) Ausgabenbeschlüsse in früher verabschiedeten Gesetzen ganz oder teilweise für 1966 und zum Teil auch für 1967 unwirksam geworden, betreffend u.a.:</p> <p>Anpassungshilfen für die Landwirtschaft, Zuschüsse zu den Rentenversicherungen, Ausbildungszulage nach dem Kindergeldgesetz, Zuschüsse für den Wohnungsbau, zusätzliche Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz, Versorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz und nach Änderungsgesetzen zum Gesetz zu Artikel 131 GG, Gasölbetriebsbeihilfe für die gewerbliche Wirtschaft, Steuerfreiheit von Zusatzstoffen in Motorenbenzin, Notstandsgesetze (Selbstschutzgesetz und Schutzbaugesetz treten um zwei Jahre später in Kraft, Aufstellung des Zivilschutzkorps unterbleibt 1966 und 1967);</p> <p>b) Schaumweinsteuer um 50 %, Branntweinsteuer um 20 % erhöht, Brandweinsteuerpräferenzen im Land Berlin weggefallen</p>
154	27. Dezember	<p>Sätze des Anteilzolls für aus dritten Ländern importierte Waren, verwendet zur Herstellung von Waren, die an andere EWG-Länder verkauft werden, mit Wirkung vom 1. Januar 1966 wie folgt festgesetzt:</p> <p>Für EGKS-Erzeugnisse auf 75 % der Zollsätze des Deutschen Zollltarifs 1966,</p> <p>für Marktordnungswaren auf 75 % der mittleren Abschöpfung gegenüber dritten Ländern (von EWG-Kommission für jedes Kalendervierteljahr zu bestimmen und bekanntzugeben),</p> <p>für der Rindfleischmarktordnung unterliegendes sowie</p> <p>für anderes Drittlandszollgut auf 75 % der Zollsätze des Gemeinsamen Zollltarifs,</p> <p>für Mineralöl und Mineralölerzeugnisse auf 100 % der Zollsätze des Gemeinsamen Zollltarifs.</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
noch 154	noch 27. Dezember	(Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen vom 27. Dezember 1965 zum Anteilzollgesetz vom 27. Dezember 1960)
155	29. Dezember	Inkrafttreten der Verordnung über die Senkung von Abschöpfungssätzen bei der Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch vom 23. Dezember 1965. Bei der Einfuhr aus Mitgliedstaaten der EWG sowie aus dritten Ländern bis 15. Februar 1966 Abschöpfungssätze um durchschnittlich 20 DM je 100 kg gesenkt
156		Die Geltungsdauer der durch Verordnung Nr. 3/63/EWG des Rates eingeführten vorläufigen Regelung betreffend die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den Staatshandelsländern bis zum 31. Dezember 1966 verlängert. (Verordnung Nr. 173/65/EWG des Rates vom 29. Dezember 1965)
157	31. Dezember	Der israelischen Regierung von Bundesregierung Kredit von 75 Mill. DM zur Verfügung gestellt. (Bekanntgabe des Auswärtigen Amtes vom 31. Dezember 1965)
158	Dezember	Verkehrsminister der Länder mit Bundesverkehrsminister über Stilllegung unrentabler Strecken der Deutschen Bundesbahn grundsätzlich einig. Von Deutscher Bundesbahn Stilllegung von 700 km Nebenstrecken sowie Einstellung des Reisezugbetriebes auf anderen Strecken (550 km) bereits für erstes Halbjahr 1966 vorgesehen

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1965

Monat	Abweichung der mittleren Lufttem- peratur in °C vom langj. Mittel	Niederschlags- menge	Sonnenschein- dauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Januar	+1,0 bis +2,8	130 bis 280 ¹⁾	40 bis 80	Von Nordwest nach Südost zunehmend zu warm und, abgesehen von Südbayern, zum Teil ganz erheblich zu naß
Februar	-2,5 bis -0,9 ²⁾	50 bis 120 ³⁾	60 bis 125 ⁴⁾	Allgemein zu kalt, besonders im Süden des Bundesgebietes. Nördlich des Mains zu trocken, südlich davon infolge intensiver Schneefälle zu niederschlagsreich
März	-2,1 bis -0,2	110 bis 190 ⁵⁾	70 bis 90 ⁶⁾	Erste Monathälfte zu kalt und schneereich, zweite Monathälfte durchweg zu warm. Mit Ausnahme großer Teile des Nordens zu naß
April	-1,9 bis -0,4	150 bis 270 ⁷⁾	50 bis 80	Zu naß und infolge des Anfang der zweiten Dekade einsetzenden Temperaturrückgangs zu kalt
Mai	-1,2 bis -0,3 ⁸⁾	90 bis 200 ⁹⁾	55 bis 85	Zu naß und zu kalt
Juni	-0,6 bis +0,7 ¹⁰⁾	100 bis 160 ¹¹⁾	85 bis 104	Mit Ausnahme des Küstengebietes zu naß, besonders im Süden; erste Monathälfte zu kalt, zweite meist sommerlich warm
Juli	-3,1 bis -2,0 ¹²⁾	125 bis 250 ¹³⁾	55 bis 85	Überwiegend zu naß und, abgesehen von wenigen hochsommerlich warmen Tagen kurz vor Monatsmitte, zu kalt
August	-2,5 bis -1,3 ¹⁴⁾	55 bis 115 ¹⁵⁾	90 bis 110 ¹⁶⁾	Zu kalt mit Ausnahme einiger Tage in der ersten und gegen Ende der zweiten Dekade; größtenteils zu trocken
September	-1,7 bis -0,8 ¹⁷⁾	80 bis 180 ¹⁸⁾	70 bis 100	Zu kalt, im Süden, Südwesten und gebietsweise im Norden zu naß. Fast ununterbrochene Schönwetterperiode von Monatsmitte bis 26. September
Oktober	-1,5 bis +0,7 ¹⁹⁾	10 bis 60 ²⁰⁾	115 bis 170 ²¹⁾	Zu trocken; überwiegend sonniges, ruhiges Herbstwetter mit ziemlich kalten Nächten
November	-4,4 bis -2,0 ²²⁾	150 bis 280 ²³⁾	60 bis 110 ²⁴⁾	Zu kalt, besonders in Niedersachsen, und zu niederschlagsreich. Zeitweise geschlossene Schneedecke. Andauer der am 12./13. November einsetzenden winterlichen Witterung fast bis Monatsende
Dezember	+1,7 bis +3,5 ²⁵⁾	150 bis 250 ²⁶⁾	20 bis 80 ²⁷⁾	Zu naß und, von Norden nach Süden zunehmend, zu warm (am Ende der zweiten Dekade verbreitet Tageshöchsttemperaturen von 9° bis 18°C). Nur wenige Tage niederschlagsfrei

1) Norden 120 % bis 180 %, Alpengebiet 75 % bis 115 %.- 2) Norden -1,1° bis +0,5°C, Süden -4,6° bis -1,7°C.- 3) Norden und Nordwesten 30 % bis 90 %, südlich des Mains 70 % bis 200 %.- 4) Schleswig-Holstein und Küstengebiet 100 % bis 140 %.- 5) Norden gebietsweise 50 % bis 90 %, Süden 120 % bis 230 %.- 6) Norden und Nordwesten 90 % bis 125 %.- 7) Gebietsweise 100 % bis 150 %, Schleswig-Holstein und Südwesten 120 % bis 180 %.- 8) Süden -2,0° bis -0,6°C, Schleswig-Holstein -1,6° bis -1,0°C.- 9) Norden bis 235 %, südlich des Mains bis 260 %.- 10) Norden und Nordwesten -0,7° bis -0,1°C.- 11) Norden 70 % bis 140 %, Süden 120 % bis 240 %.- 12) Süden -2,4° bis -1,2°C.- 13) Süden 90 % bis 180 %, Ost- und Südostbayern 65 % bis 100 %.- 14) Süden und Südwesten -2,1° bis -1,0°C.- 15) Schleswig-Holstein und Küstengebiet 45 % bis 75 %, Süddeutschland 35 % bis 90 %, jedoch vereinzelt bis 170 %.- 16) Norden 100 % bis 120 %.- 17) Norden und Nordwesten -1,2° bis -0,2°C, Südwesten -2,2° bis -1,2°C.- 18) Nordwesten und Teile des mittleren Bundesgebietes 40 % bis 80 %, Schleswig-Holstein 120 % bis 190 %.- 19) Norden -0,5° bis +0,9°C.- 20) Süden 0 % bis 25 %.- 21) Nordrhein-Westfalen 170 % bis 200 %.- 22) Süden und Südwesten -2,5° bis -0,2°C.- 23) Norden, Nordwesten sowie Ost- und Südostbayern 90 % bis 180 %.- 24) Norden und Nordwesten 90 % bis 170 %.- 25) Norden und Nordwesten +0,3° bis +2,0°C, Schleswig-Holstein -1,1° bis +0,3°C.- 26) Mitte und Südwesten 190 % bis 300 %.- 27) Schleswig-Holstein 60 % bis 110 %.

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage 1965

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage ¹⁾
		insgesamt ¹⁾	darunter Sonnabende	
Januar	31	25 (24)	5	6 (7)
Februar	28	24	4	4
März	31	27	4	4
1. Vierteljahr	90	76 (75)	13	14 (15)
April	30	24	4	6
Mai	31	24	4	7
Juni	30	24	4	6 ²⁾
2. Vierteljahr	91	72	12	19
Juli	31	27	5	4
August	31	26	4	5
September	30	26	4	4
3. Vierteljahr	92	79	13	13
Oktober	31	26	5	5
November	30	25 (24)	4	5 (6)
Dezember	31	26	3	5
4. Vierteljahr	92	77 (76)	12	15 (16)
Kalenderjahr 1965	365	304	50	61
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Saarland)		(303)		(62)
(Baden-Württemberg)		(302)		(63)
1. Halbjahr	181	148	25	33
(Baden-Württemberg, Bayern)		(147)		(34)
2. Halbjahr	184	156	25	28
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Saarland)		(155)		(29)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf einen Wochentag fielen:

6. Januar (Hl. drei Könige) in Baden-Württemberg und Bayern,

1. November (Allerheiligen) in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzlicher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag (17. November) kein gesetzlicher Feiertag.

2) Fronleichnam fiel auf den 17. Juni (Tag der deutschen Einheit).

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage 1966

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage ¹⁾
		insgesamt ¹⁾	darunter Sonntage	
Januar	31	25 (24)	4	6 (7)
Februar	28	24	4	4
März	31	27	4	4
1. Vierteljahr	90	76 (75)	12	14 (15)
April	30	24	5	6
Mai	31	24	4	7
Juni	30	25 (24)	4	5 (6)
2. Vierteljahr	91	73 (72)	13	18 (19)
Juli	31	26	5	5
August	31	27 (26)	4	4 (5)
September	30	26	4	4
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13 (14)
Oktober	31	26	5	5
November	30	25 (24)	4	5 (6)
Dezember	31	26	5	5
4. Vierteljahr	92	77 (76)	14	15 (16)
Kalenderjahr 1966	365	305	52	60
(Hessen)		(304)		(61)
(Bayern)		(304/302)		(61/63)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz)		(303)		(62)
(Baden-Württemberg, Saarland)		(302)		(63)
1. Halbjahr	181	149	25	32
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)		(148)		(33)
(Bayern)		(148/147)		(33/34)
(Baden-Württemberg)		(147)		(34)
2. Halbjahr	184	156	27	28
(Bayern)		(156/155)		(28/29)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)		(155)		(29)
(Saarland)		(154)		(30)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf einen Wochentag fallen:

- | | |
|--------------------------------|--|
| 6. Januar (Hl. drei Könige) | in Baden-Württemberg und Bayern, |
| 9. Juni (Fronleichnam) | in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern, |
| 15. August (Mariä Himmelfahrt) | im Saarland, gebietsweise in Bayern, |
| 1. November (Allerheiligen) | in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzlicher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag (16. November) kein gesetzlicher Feiertag. |